

Zur Einbringung des Entwurfs
der Haushaltssatzung 2018
einschließlich Haushaltsplan und
mittelfristiger Ergebnis - und Finanzplanung
in den Kreistag des Kreises Steinfurt am 06.11.2017

Haushaltsrede von Kreisdirektor
und
Kreiskämmerer

Dr. Martin Sommer

Es gilt das gesprochene Wort!

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Einleitung	3
II. Eckwerte zum Kreishaushalt 2018 und zur mittelfristigen Finanzplanung	3
III. Bewertung / Ausblick	4
IV. Schlussbemerkungen	6

I. Einleitung

Herr Landrat,

meine Damen und Herren,

„Wirtschaft in Bestform“, das war die Überschrift im Konjunkturbericht der IHK Nordwestfalen im Spätsommer 2017. „Die fetten Jahre dauern an“, „Firmen fühlen sich wie im Märchenland“ oder „Deutsche Wirtschaft ist nicht zu stoppen“, waren Schlagzeilen im Wirtschaftsteil überregionaler Medien in den letzten Wochen. Beschrieben ist damit das konjunkturelle Umfeld, in dem wir den Kreishaushalt 2018 aufgestellt haben.

„Der Sozialstaat expandiert“, „Ausgaben des Sozialstaats erreichen Rekordwerte“ oder „Eine Billion Euro für Soziales“, das waren ebenfalls Schlagzeilen der überregionalen Presse in den letzten Wochen, die darauf hindeuten, welchen Herausforderungen wir uns stellen müssen, wenn es darum gehen soll, mittel- bis langfristig und damit nachhaltig für solide öffentliche Haushalte zu sorgen. Bevor ich Ihnen meine Vorstellungen einer nachhaltigen Finanzpolitik auf Kreisebene erläutere und damit auf die mittelfristige Finanzplanung eingehe, möchte ich Ihnen die wichtigsten Eckdaten zum Kreishaushalt 2018 und die daraus folgenden strategischen Überlegungen erläutern:

II. Eckwerte zum Kreishaushalt 2018 und zur mittelfristigen Finanzplanung

Zunächst einmal muss ich feststellen, dass der Kreishaushalt 2018 gegenüber der Planung 2017 umlagewirksame Verschlechterungen in einer Höhe von annähernd 10 Mio. Euro aufweist. 2,3 Mio. Euro davon entfallen auf einen höheren Personalaufwand. Ursächlich dafür sind die Ihnen bekannten Tariflohnsteigerungen sowie ein moderater Zuwachs an Stellen, der aufgabenbedingt unabweisbar ist. Um 2,1 Mio. Euro steigen fallzahlenbedingt die Aufwendungen für Leistungen nach dem SGB XII und 1,9 Mio. Euro fehlen gegenüber dem Vorjahr, weil in 2017 geplante Überschüsse aus der gebührenrechnenden Einrichtung Rettungsdienst in 2018 nicht mehr zur Verfügung stehen.

Erfreulich ist, dass der Landschaftsverband Westfalen Lippe angekündigt hat, den Hebesatz seiner Landschaftsumlage um 1,4 Prozentpunkte auf 16 Prozentpunkte zurücknehmen zu wollen. Gleichwohl erhöht sich unser Zahlbetrag gegenüber dem LWL um 1,2 Mio. Euro. Addiert mit einigen kleineren Positionen ergeben sich somit die eben mit 10 Mio. Euro bezifferten Verschlechterungen.

Meine Damen und Herren,

diese Verschlechterungen wird der Kreis Steinfurt zu 100 % aus eigener Kraft kompensieren! Die ausgesprochen gute konjunkturelle Entwicklung und das dadurch landesweit exponentiell gestiegene Steueraufkommen machen das möglich. Allein die Schlüsselzuweisungen des Landes an den Kreis Steinfurt steigen im nächsten Jahr um 6,7 Mio. Euro. Um weitere 1,2 Mio. Euro wird der Kreishaushalt entlastet, aus der höheren Bundesbeteiligung an den Eingliederungsleistungen. Zusammen mit einer Reihe betragsmäßig kleinerer Verbesserungen werden die dargestellten Verschlechterungen somit vollständig kompensiert, ohne unsere kreisangehörigen Städte und Gemeinden zu belasten.

Um den gleichen Zahlbetrag der Kreisumlage zu generieren wie im Vorjahr, können wir den Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage um 3 Prozentpunkte auf dann nur noch 29,6 Prozentpunkte senken. Eine so deutliche und spürbare finanzielle Entlastung unserer kreisangehörigen Städte und Gemeinden hat es in den vergangenen Jahren noch nie gegeben! Niemand von uns hat noch vor wenigen Wochen mit einer solchen Entwicklung gerechnet!

Ambivalenter als die allgemeine Kreisumlage entwickelt sich im nächsten Jahr die Jugendamtsumlage. Aufgrund der erheblich gestiegenen Umlagegrundlagen ist es zwar möglich, auch diesen Hebesatz leicht zu senken auf 21,48 Prozentpunkte; der Zahlbetrag erhöht sich gleichwohl um 5,7 Mio. Euro. Ursächlich dafür sind Änderungen der Anspruchsvoraussetzungen beim Unterhaltsvorschussgesetz zum 01.07.2017, ein gestiegener Betreuungsbedarf von Kindern unter 3 Jahren sowie steigende Kosten im Pflegekinderbereich und bei den stationären Hilfen. Diese Entwicklungen sind nicht kreisspezifisch, sondern erhöhen auch die Aufwendungen der Kommunen mit eigenem Jugendamt erheblich.

Im investiven Bereich sind Auszahlungen in Höhe von 28,5 Mio. Euro geplant, denen Einzahlungen im investiven Bereich in Höhe von 15,5 Mio. Euro gegenüberstehen. Das verbleibende Delta in Höhe von 13 Mio. Euro kann nur gedeckt werden indem auch neue Kredite aufgenommen werden. Insoweit war es uns wichtig, die Aufnahme neuer Kredite in der Höhe auf die Tilgung vorhandener Kredite zu begrenzen, um damit eine Nettoneuverschuldung auszuschließen. Damit möchte ich unser Zahlenwerk wie jedes Jahr bewerten:

III. Bewertung/Ausblick

Meine Damen und Herren,

29,6 %! Dies ist der niedrigste Kreisumlagehebesatz eines von mir als Kämmerer verantworteten Kreishaushaltes. Und immerhin durfte ich mit dem Entwurf des Kreishaushaltes 2018 zum nunmehr 17. Mal einen Kreishaushalt aufstellen. Zunächst einmal dürfen und sollten wir uns deshalb alle über die sehr gute Entwicklung unserer Kreisfinanzen freuen. Unsere strategischen finanzpolitischen Ziele haben wir mit der Aufstellung des Kreishaushaltes 2018 nicht nur erreicht, sondern übertroffen:

Wir bringen einen Haushalt ein, der in Erträgen und Aufwendungen originär ausgeglichen ist und ohne eine Nettoneuverschuldung auskommt. Der Zahlbetrag der Kreisumlage für unsere kreisangehörigen Städte und Gemeinden stagniert trotz erheblicher Verschlechterungen im Kreishaushalt; prozentual werden unsere Städte und Gemeinden sogar erheblich – nämlich um 3 Prozentpunkte - entlastet. Auch 2018 werden wir wieder zu den Kreisen mit der niedrigsten Kreisumlage in Nordrhein-Westfalen gehören.

Verbessert gegenüber dem Vorjahr hat sich nicht nur die finanzielle Lage des Kreises Steinfurt, sondern auch die seiner kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Allein durch die dritte Stufe der Bundesbeteiligung an den Kosten für

Eingliederungsleistungen erhalten unsere Städte und Gemeinden ca. 5,5 Mio. Euro mehr an Umsatzsteuer, ohne dass dieses Geld über uns an den LWL transferiert werden würde. Dazu kommen erhebliche Steuermehreinnahmen aufgrund der konjunkturellen Entwicklung sowie höhere Schlüsselzuweisungen. Dass die kreisangehörigen Städte und Gemeinden bei erheblichen Mehreinnahmen 3 % weniger ihrer Finanzkraft an den Kreis Steinfurt überweisen müssen, bedeutet eine sehr deutliche Entlastung gegenüber den Vorjahren!

Bei aller berechtigten Freude über die ausgesprochen gute Entwicklung bei uns und bei unseren kreisangehörigen Städten und Gemeinden, sollten wir aber nicht übersehen, dass diese Entwicklung fast ausschließlich auf das gute konjunkturelle Umfeld und die sprudelnden Steuerquellen zurückzuführen ist.

Ich sage dies so deutlich, weil unser Aufwand, der zu mehr als 70 % durch soziale Leistungen verursacht ist, trotz der guten Konjunktur abermals gestiegen ist und in den nächsten Jahren aufgrund der demografischen Entwicklung absehbar weiter steigen wird. Das Problem - oder nennen wir es Herausforderung - besteht darin, diesen Aufwand auch dann noch finanzieren zu müssen, wenn die Erträge bei einbrechender Konjunktur zurückgehen. Auch wenn der Wirtschaftsaufschwung nach den Prognosen führender Wirtschaftsforschungsinstitute noch bis ins Jahr 2019 anhalten dürfte, ist es keine Frage, dass es früher oder später einen Konjunkturunbruch mit einem in der Folge zurückgehenden Steueraufkommen geben wird. Die Frage ist nicht ob das passiert, sondern wann das passiert! Da keiner von uns diese Frage seriös beantworten kann, muss es meines Erachtens heute darum gehen, den Kreis Steinfurt zukunftsfest zu gestalten und dies eben auch und gerade im Hinblick auf seine Finanzen.

Es ist richtig, wichtige Infrastrukturprojekte wie z. B. Schulsanierungen oder die Ertüchtigung und Sanierung unserer Infrastruktur anzugehen und damit in die Zukunft unseres Kreises Steinfurt zu investieren. Genauso richtig und wichtig ist es aber auch, bei konsumtiven freiwilligen Aufwendungen sowie bei den Standardfestlegungen unserer Pflichtaufgaben auf strikte Ausgabendisziplin zu achten. Nach meiner Wahrnehmung sind unsere Standards bereits jetzt im internationalen Vergleich außerordentlich hoch. Alles was wir glauben jetzt zusätzlich tun zu können, könnte uns schon bald vor finanzielle Probleme stellen, wenn wir auf Dauer einer der Kreise mit der niedrigsten Kreisumlage bleiben wollen.

Zusätzlicher Aufwand entsteht in den nächsten Jahren von ganz allein. Tariflohnsteigerungen werden den Aufwand für Personal erhöhen, sofern nicht der Gesetzgeber oder der Kreistag im Rahmen seiner Möglichkeiten, die Kreisverwaltung von Aufgaben entlastet.

Sozialaufwendungen im Bereich des SGB XII werden sich erhöhen, weil die Zahl der anspruchsberechtigten Menschen aufgrund der demografischen Entwicklung steigen wird. Ein schlechteres konjunkturelles Umfeld wird nicht nur unsere Erträge einbrechen lassen, sondern auch die Zahl der Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II erhöhen, was dann auch in diesem Bereich Aufwandssteigerungen nach sich ziehen wird.

Angesichts dieser zum Teil absehbaren Entwicklungen und der zum Teil dargestellten Risiken halte ich es für dringend erforderlich, Vorsorge für die Zukunft

zu treffen, weiterhin Maß zu halten bei freiwilligen Aufwendungen und alles dafür zu tun, den absehbaren Mehraufwand des Kreises Steinfurt in den nächsten Jahren auf das absolut Unabweisbare zu begrenzen. Jeder Euro, den wir zusätzlich ausgeben bzw. ausgeben müssen, wird über die Kreisumlage einzusammeln sein und zwar auch dann, wenn es den Kommunen wieder schlechter geht.

Deshalb müssen wir neben den bestehenden Forderungen gegenüber Bund und Land vor allem auch an allen von uns selbst zu beeinflussenden Stellschrauben drehen, um unseren Aufwand zu begrenzen. Dazu gehört auch die Kontrolle unserer Schulden. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass der von uns eingeschlagene Weg der Entschuldung der absolut Richtige ist, auch wenn es im nächsten Jahr wohl nicht möglich sein wird, Schulden zu senken, sondern nur zu begrenzen.

Natürlich gibt es Ökonomen, die das anders sehen und Schulden für unproblematisch halten, solange diesen Schulden entsprechende Vermögenswerte gegenüberstehen. Auf Bundesebene ist das vielleicht auch zumindest teilweise vertretbar. Diese Haltung ignoriert aber, dass für Schulden immer ein Kapitaldienst zu leisten ist, der von einem kommunalen Umlageverband von den Umlagezahlern zu generieren ist. Insofern stelle ich fest, dass sich unser Bemühen um einen möglichst niedrigen Schuldenstand für unsere kreisangehörigen Städte und Gemeinden in den vergangenen Jahren ausgezahlt hat. Die Reduzierung unserer Schulden in den vergangenen Jahren und das historisch niedrige Zinsniveau haben im Ergebnis dazu geführt, dass die Kommunen durch den geringeren Kapitaldienst mittlerweile jährlich um 0,2 % bei der Kreisumlage entlastet werden gegenüber früheren Jahren.

Ein möglichst niedriger Schuldenstand ist die beste Versicherung gegen das Risiko eines Zinsanstiegs, der wie ein Konjunkturunbruch auch irgendwann kommen wird. Nur eine Politik, die sich ihrer Verantwortung beim Schuldenmachen für kommende Generationen bewusst ist und Schulden, die in schlechten Zeiten manchmal unvermeidbar sind, in guten Zeiten wieder zurückführt (so wie beim Kreis Steinfurt in den zurückliegenden Jahren praktiziert), nur eine solche Politik ist nachhaltig und intergenerativ gerecht. Deshalb bin ich sehr froh, dass es uns in den letzten Jahren gelungen ist, durch vorausschauende Planung unserer Investitionen unseren Schuldenstand sukzessive zurück zu führen.

IV. Schlussbemerkungen

Meine Damen und Herren,

wie jedes Jahr haben wir diesen Haushaltsplanentwurf nach bestem Wissen und Gewissen aufgestellt. Ich danke allen, die daran mitgewirkt haben, insbesondere Frau Taape und dem Team der Kämmerei.

Mein heutiges Plädoyer, angesichts sehr guter Finanzdaten des Kreises Steinfurt nicht euphorisch zu werden, sondern Maß zu halten beim Erfüllen politischer Wünsche und Mehraufwand im Kreishaushalt zu vermeiden oder zumindest auf das Unabweisbare zu begrenzen ist unserem gemeinsamen Ziel geschuldet, mittelfristig bis langfristig solide Kreisfinanzen zu erhalten. Dabei geht es darum, auch in Zukunft trotz umfangreicher Pflichtaufgaben in der Lage zu sein, möglichst gemeindefreundliche Kreishaushalte aufzustellen und zu verabschieden.

Die Kreisumlage auch betragsmäßig stabil zu halten trotz steigender Aufwendungen wie das in diesem Jahr gelungen ist, das wird nach meiner Einschätzung die Ausnahme bleiben. Die „Quadratur des Kreises“ wird auch in Zukunft nicht gelingen. Wenn wir aber alle auch in diesen guten Zeiten so verantwortungsbewusst mit den Kreisfinanzen umgehen wie in den schlechten Zeiten vergangener Jahre, dann aber auch nur dann bin ich zuversichtlich, dass wir unserem Anspruch auf Nachhaltigkeit auch bei den Kreisfinanzen gerecht werden.

Herzlichen Dank!